

An den
Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

Stellungnahme des Landesverbandes
der Hebammen NRW e. V. vom 18.1.2015
zum Antrag der Fraktion der FDP im Landtag NRW

Drucksache 16/5288 vom 18. 03. 2014



LANDESVERBAND DER
HEBAMMEN

Nordrhein-Westfalen e.V.

Geschäftsstelle

Berrenrather Str. 177
50937 Köln

Telefonnummer:
0221- 94 65 730-8
Fax: 0221-94 65 730- 6

Kontakt:

Egelkraut@hebammen-nrw.de

Zukunft der Geburtshilfe, der Vor- und Nachsorge für Mütter sowie ergänzende und unterstützende Angebote für Eltern und Familien durch Hebammen sichern – Wahlfreiheit für werdende Mütter erhalten

Der Landesverband der Hebammen NRW e.V. ist mit rund 4.000 Mitgliedern der größte der 16 Landesverbände, die im Deutschen Hebammenverband zusammengeschlossen sind. Er vertritt die Interessen aller Hebammen. Im Landesverband sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrerinnen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftlerinnen, Familienhebammen, sowie Hebammenschülerinnen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit ein zentrales Anliegen des Verbandes.

Der Landesverband der Hebammen NRW e. V. begrüßt die Initiative der FDP im Landtag NRW, die Landesregierung aufzufordern, sich sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene für den Erhalt des Hebammenstandes und die freie Wahl des Geburtsortes für werdende Mütter einzusetzen.

Seit Antragstellung im März 2014 hat sich die prekäre Lage der Hebammen in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen nicht gebessert. Nach wie vor gilt: wenn nicht zeitnah und greifbar eine Änderung eintritt, verschwindet der Hebammenstand.

Diesen Eindruck haben die beiden Landesvorsitzenden im Herbst 2014 in allen fünf Regierungsbezirken des Landes NRW gewinnen müssen. Die Kolleginnen berichteten von Klinikschließungen, Praxisaufgaben, vor allem aber auch von der zunehmenden Berufsflucht nicht nur in der Geburtshilfe, sondern auch in der

Wochenbettbetreuung. Bis auf wenige Regionen herrscht schon jetzt ein eklatanter Mangel an Versorgung mit Hebammenhilfe.¹

Die Hebammen verabschieden sich aus ihrem Beruf, weil für die nächsten zwei Jahre keine Planungssicherheit gegeben ist.

Hinzu kommt die Erkenntnis, die schon die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der Fraktion DIE LINKE im Landtag 2011 gezeigt hat: das Durchschnittsalter der Hebammen in NRW beträgt 45 bis 50 Jahre.²

Die Hebammenschulen verzeichnen stark rückläufige Bewerberzahlen.

In absehbarer Zeit wird es einen faktischen Hebammenmangel in NRW geben, wenn nicht Wege gefunden werden, den Hebammenberuf attraktiv zu machen und langfristig zu sichern.

Daraus ergibt sich die dringende Aufforderung des Landesverbandes der Hebammen NRW, neue Konzepte der Versorgung mit Hebammenhilfe zu betrachten und zu unterstützen. Stichworte sind: Quartiersversorgung in den Städten und fahrende Praxen in den ländlichen Regionen.

Ein mögliches Konstrukt kann das Konzept eines Hebammenzentrums sein, in dem alle Hebammenleistungen niedrigschwellig und qualitativ hochwertig für die Frauen zugänglich sind und zusätzlich alle Akteure des Gesundheitswesens mit eingebunden sein können. Auch die Einbindung der Jugendhilfe in dieses kommunal geförderte Konzept könnte möglich sein.

Der Landesverband der Hebammen NRW bemüht sich um die Nachwuchsgewinnung, indem er auf Berufsfindungsmessen mit einem Stand vertreten ist, der die Jugendlichen für den Beruf der Hebamme motivieren soll, wohl wissend, dass die finanziellen Aussichten des Hebammenberufes alles andere als motivierend sind.

Mit den Forderungen des Antrags der FDP geht der Landesverband der Hebammen NRW konform, möchte aber ausdrücklich betonen, dass der lange Atem der Politik dem akuten Bedarf der Hebammen nicht hilft.

Sowohl für den Sicherstellungszuschlag als auch für die Regressdeckelung, die Festlegung einer Haftungsobergrenze, die Einrichtung eines öffentlichen Fonds und die Verkürzung der Verjährungsfrist sind die Wege unklar, zum Teil noch gar nicht beschrritten und gekennzeichnet durch zahlreiche Widerstände.

Dies alles kann die aktuelle Not der Hebammen nicht beseitigen.

Der Landesverband der Hebammen NRW e. V. nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass die FDP im Landtag NRW die Landesregierung zur Unterstützung der Hebammen auf Bundesebene verpflichten will.



Vorsitzende des Landesverbandes der Hebammen NRW e.V.

¹ Siehe Anlage „Geburtenzahlen und Hebammendichte in NRW“ und auch <http://www.unsere-hebammen.de/mitmachen/unterversorgung-melden/>

² Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/2148, Drucksache 15/2795 vom 12. 09. 2011, Seite 50 ff.